

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten  
betreffend**

**Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung  
angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsproblematik**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Mitte 2016 eine unterschrittsreife neue Art. 15a B-VG Vereinbarung vorliegt, worin

- 1) für Mehrpersonenhaushalte eine Deckelung in der Höhe von 1.500 Euro aller Geldtransferleistungen,
- 2) im ersten Jahr eine Umstellung auf großteils Sachleistungen
- 3) für arbeitsfähige, aber nicht arbeitswillige Personen nach einem Jahr jedenfalls eine verpflichtende Reduktion der Geldleistungen um 25%
- 4) für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte der verpflichtende Besuch von Deutschkursen und Werteschulungen, deren Nicht-Absolvierung zu einer Reduzierung in der Mindestsicherung führt,

vorgesehen ist.

### **Begründung**

In Österreich wurden im Jahr 2015 mehr als 90.000 Asylwerber aufgenommen. Vom Finanzministerium würden, sollten keine entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden, für 2016 weitere 85.000 Asylwerber erwartet, wobei neue Prognosen bereits von 120.000 neuen Asylwerbern ausgingen.

Die steigende Anzahl der in Österreich Asyl beantragenden Menschen führt neben den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Integration zu einer sehr großen finanziellen Belastung für die öffentliche Hand und schlussendlich für den Steuerzahler. Die finanzielle Last wird insbesondere dann schlagend werden, sobald ein Großteil der Asylwerber den Status „asylberechtigt“ bzw. „subsidiär schutzberechtigt“ erhält und demnach Anspruch auf bedarfsorientierte Mindestsicherung hat.

Vor diesem Hintergrund und auch um verstärkt Anreize zu setzen, damit die sich in der Mindestsicherung befindlichen Menschen (wieder) im Arbeitsmarkt integrieren, ist es

dringend geboten, die Rechtsgrundlage zur bedarfsorientierten Mindestsicherung zu novellieren und ein entsprechendes Maßnahmenpaket zu erarbeiten.

Linz, am 26. Jänner 2016

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Kirchmayr, Frauscher, Aspalter, Raffelsberger, Dörfel, Hingsamer, Langer-Weninger, Manhal, Stanek, Hattmannsdorfer, Brunner, Weinberger, Höckner, Pühringer**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr, Schießl, Povysil, Wall, Ratt, Pröller, Graf, Nerat, Baldinger, Handlos, Klinger, Gruber, Bahn, Lackner, Kroiß, Fischer, Kattnigg, Cramer**